

Dresdner Volkszeitung

Verlagskonto: Rehbah,
Athen & Komp., Nr. 20918.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verantwortl.
Herr. Kersch, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Frachtlohn monatlich 2,00 M. Durch
den Post bezogen vierteljährlich 6,00 M., unter Druckband für Deutschland
und Österreich-Ungarn 6,00 M.
Telegraphen-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Geschäftstagen von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Interatempreis: die 7 gelbsteine Kondoreilzeitung 50 P., davon 40 Prozent
Leistungsgelohn, bei Familienangehörigen die Hälfte 25 P. (ohne Zuschlag).
Interate sind im Voraus zu bezahlen. Eine Verpflichtung zur Aufnahme an vor-
geliebten Tagen kann nicht abgelehnt werden. Die Briefkastennummer ist 20 P.

Nr. 150.

Dresden, Donnerstag den 3. Juli 1919.

30. Jahrg.

Verfassungsberatung in Weimar.

In Weimar hat gestern die zweite Lesung der Verfassungsvorlage begonnen. In der Kommission, die die Verfassungsvorlage vorbereitet hat, ist ein gewaltiges und hoffentlich fruchtbringendes Stück Arbeit geleistet worden. Den von vielen Seiten ersehnten Einheitsstaat bringt der vorliegende Verfassungsentwurf nicht. Deutschland bleibt ein Bundesstaat, der seinen Gliedern weitgehende Selbstständigkeit läßt. Ob es wirklich so gut für unsere politische Entwicklung wäre, wenn wir wirklich zum Einheitsstaat übergingen, wie viele meinen, scheint uns fraglich. Auch andre demokratische Länder, wie die Vereinigten Staaten von Amerika, aber auch die kleine Schweiz, sind Bundesstaaten und es beschränkt dort seine Verfassungen, diesen Zustand zu beibehalten, woraus hervorgeht, daß sich die bundesstaatliche Verfassung für die Demokratie bewährt hat. Trotzdem Deutschland ein Bundesstaat bleibt, ist es nicht ausgeschlossen, daß Gesetzgebung und Verwaltung immer mehr vereinheitlicht werden. Wie das alte Deutsche Reich wird auch die neue Republik sogenannte Kompetenzen haben, das heißt, sie wird das Recht haben, ihre Befugnisse auf Gebiete auszuweiten, die bisher den Bundesstaaten vorbehalten waren. Schon im alten Reich hat im Laufe der Zeit der Gesamtstaat seine Tätigkeit immer mehr auf Gebiete ausgedehnt, die ursprünglich den Einzelstaaten überlassen waren, und diese Entwicklung wird voraussichtlich in der neuen Republik weitergehen. Der gewaltige Finanzbedarf des Reiches wird es notwendig machen, daß die Selbstständigkeit der einzelnen Staaten auf finanzlichem Gebiete mehr beschränkt wird, als das bisher der Fall war. Und daß unsere Eisenbahnen vom Reich übernommen werden, ist wohl nur eine Frage der Zeit. Ferner sind in den Entwurf der Reichstagskommission Bestimmungen über das Kirchen- und Schulwesen aufgenommen worden, also über Fragen, deren Regelung bisher allein den Einzelstaaten überlassen war. So ist es wahrscheinlich, daß durch die kommende Entwicklung die Einzelstaaten immer mehr zu bloßen Selbstverwaltungskörpern werden, deren Befugnisse im wesentlichen auf dem Gebiet der Verwaltung liegen.

Die neue deutsche Reichsverfassung steht völlig auf der Grundlage der Demokratie. Es wird eine der freiesten und demokratischsten Verfassungen der Welt sein. Das Rätesystem ist bekanntlich in der Verfassung verankert worden. Aber man hat mit Recht den Gedanken abgelehnt, daß aus den Rätern eine erste Kammer gebildet werden soll, die gleichberechtigt neben dem Reichstage steht. Der Vorschlag, eine solche Kammer mit politischen Rechten zu versehen, bedeutet ein Kompromiß mit den unabhängig-kommunistischen Ideen von der Diktatur des Proletariats, die die Sozialdemokratie entworfen ablehnt. Auch in Zukunft wird die deutsche Sozialdemokratische Partei an ihren demokratischen Grundgedanken halten, nicht nur deswegen, weil sie ja gerade in der Vergangenheit in ihrem Programm die Demokratie gefordert hat, sondern weil auch der Sozialismus unserm Volke nur dann Nutzen bringen kann, wenn er durch die Demokratie verwirklicht wird.

Von den Kommunisten und einem Teil der Unabhängigen wird gefordert, daß diejenigen vom Wahlrecht ausgeschlossen werden sollen, die nicht produktive Arbeit leisten, sondern nur vom Kapital leben. Aber die Zahl dieser Leute ist außerordentlich gering. Das Proletariat bildet, wie wir immer betont haben, die Mehrheit des deutschen Volkes, und wenn die Mehrheit des deutschen Volkes, und wenn die Mehrheit des Proletariats zur Durchführung des Sozialismus entschlossen ist, ist das kleine Häuflein der Kapitalisten eine hoffnungslose Minderheit. Nichts kann also in einer Demokratie die Herbeiführung des Sozialismus verhindern, wenn die Mehrheit des Volkes wirklich den Sozialismus will. Und die Mehrheit des Volkes wird sich für die Durchführung des Sozialismus begeistern. Die Herbeiführung und Aufrechterhaltung einer sozialistischen Gesellschaft erfordert von jedem einzelnen Glied des Volkes ein hohes Maß von Einsicht und Gemeinnut. Die Massen des Volkes müssen von unseren sozialistischen Ideen durchdrungen sein. Deswegen kann der Sozialismus nur dann unserm Volke zum Segen werden, wenn er nicht durch die Diktatur einer Minderheit, sondern mit Hilfe der Demokratie durchgeführt wird.

Neben die gestrigen Verhandlungen wird uns aus Weimar berichtet:

Am Mittwoch begann endlich die zweite Beratung des Verfassungsentwurfs in der Vollversammlung des Reichsparlamentes. Wegen der Heberfeste entspann sich Streit. Der Ausschuss schlägt vor, daß sie lauten soll: Verfassung des Deutschen Reiches. Die beiden sozialdemokratischen Gruppen möchten lieber Reiches. Die Verfassung der Deutschen Republik. Da die Verfassung auch in dieser Frage nicht den Mut der Konsequenz findet, so besteht es bei der vom Ausschuss vorgeschlagenen Fassung. Dafür ist es wenigstens im Artikel 1 kurz und bündig: Das Deutsche Reich ist eine Republik.

Der Herr Reichsminister nahm Abschied von der großen Versammlung, der er im Auftrag der Deutschnationalen die beste Wünsche nachwies. Ihm und seinen Freunden gefällte die neue Zeit nicht, weil hier der Potsdamer und Weimarer Geist herrsche. Die neue Verfassung ist diesem Mann zu schwach und leicht. Die neue Verfassung der Reichsrepublik ist ein Stück Arbeit, und damals sehr schnell von der Minderheit der Reichstagsmitglieder, weil er durch seine mehr als persönliche Ambitionen die innere Oberhandlung des Reiches geradezu lahm

gelegt hatte. Soweit dieser bergeblische Mensch den Kaiserreich, Wilson, das Ausland in seine Kritik hineinzieht, kann man er sagen, nicht im geringsten wie Veröhnung, sondern wie Veröhnung.

Nach einer scharfen Auseinandersetzung zwischen dem Reichsminister Dr. David als Reichsminister des Innern auf der einen, dem Unabhängigen Hans und Dr. Cohn auf der anderen Seite, konnte zu der Fragefrage übergegangen werden. Hier lobten scharfe Meinungsäußerungen. Die konservativen Elemente in den drei Fraktionen der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei

und der Demokraten wollen ihr geliebtes Schwarz-Weiß-Rot behalten, während die Unabhängigen das Rot als Reichsfarbe wünschen. So symbolisch dieser Antrag auch der sozialdemokratischen Mehrheitsfraktion ist, so muß sie doch leider auf seine Unterbrechung verzichten, weil keine Aussicht besteht, ihn durchzubringen, dagegen aber die Gefahr, daß uns die alten Farben bleiben, wenn wir nicht durch Kompromiß mit dem Zentrum und einer demokratischen Minderheit zu Schwarz-Weiß-Rot gelangt. Die Entscheidung wird am Donnerstag in namentlicher Abstimmung fallen.

Streik der Eisenbahner in Mitteldeutschland.

Während der Berliner Eisenbahnerstreik infolge der Erklärung des Vorstandes der Gruppe Berlin des Deutschen Eisenbahnerverbandes als beendet angesehen werden kann, dauert der Streik jetzt in Mitteldeutschland an.

In Frankfurt a. M. wurde in einer Mittwoch nachmittags abgehaltenen und von etwa 10000 Eisenbahnarbeitern und Eisenbahnangestellten besuchten Versammlung beschlossen, heute, Donnerstag früh, in den Ausstand zu treten. Das Streikgebiet umfaßt Frankfurt a. M., Alsfeld, Siegen, Bielefeld, Bielefeld, Siegen, Hannover und Osnabrück.

Die Aufforderung der Berliner Eisenbahner-Verbandsgruppe hat folgenden Wortlaut:

„Da wir uns der Einsicht bedient haben, daß der Eisenbahnerstreik in diesem Augenblick schwere Schädigungen für die Allgemeinheit mit sich bringt, haben wir und entschlossen, unsere eigenen Interessen vorläufig hinter die der Allgemeinheit zurückzustellen. Wir haben daher unsere Mitglieder empfohlen, vom morgigen Tage an die Arbeit im vollen Ausmaße wieder aufzunehmen. Die Abstimmung, die in einer ganzen Reihe von Betrieben heute stattgefunden hat, ergab eine starke Mehrheit für den Abbruch des Streiks. Wir haben schon gestern und heute unser Möglichstes getan, um die Lebensmittelversorgung Groß-Berlins trotz dem Streik sicherzustellen. Der Vorwurf also, der uns von verschiedenen Seiten gemacht wurde, als hätten wir die Absicht, die Lebensmittelversorgung Groß-Berlins zu gefährden, ist völlig ungedultig. Wir hoffen, daß die Behörden unsere berechtigten Wünsche nach Aufhebung der Ruhe- und Gehälter unserer Mitglieder nach Möglichkeit entgegenkommen werden.“

Die Vertreter der streikenden Eisenbahner gaben die Erklärung ab, daß die Forderungen noch als bestehend zu betrachten seien. An ihrer Durchführung werde mit allen Kräften gearbeitet und, falls die Regierung auf ihrem ablehnenden Standpunkte beharren sollte, hätte matisch auf den Generalstreik hingearbeitet werden. Der Abbruch des Streiks sei nur im Interesse der Allgemeinheit erfolgt, es werde daher auch vom Volke erwartet, daß es die Forderungen der Eisenbahner unterfalle. Die Streikende möchten nachträglich bezahlt werden.

Agitatoren sind eifrig an der Arbeit, um die Eisenbahner trotz der oben wiedergegebenen Erklärung zu bewegen, weiterzustreiken. Es wird ihnen aber entgegengehalten, daß schon zu viele der Streikenden die Arbeit wieder aufgenommen hätten und daß fast keine Mittel mehr vorhanden seien, um den Streik durchzuführen.

Wiederaufnahme des Eisenbahnverkehrs.

Berlin, 3. Juli. Der größte Teil der Arbeiter und Beamten des Eisenbahndirektionsbezirks Berlin ist heute auf den Arbeitsstätten erschienen. Der Eisenbahnerverkehr ist im allgemeinen wieder aufgenommen worden. Der Güterverkehr, der vor allem den ersten Besorgungen für die Lebensmittel- und Kohlenversorgung der Berliner Bevölkerung Veranlassung gegeben hatte, ist fast vollständig wieder hergestellt. Diezüge nach und von den Vororten verkehren wieder, doch ist die Zugfolge noch sehr unregelmäßig. Der Ringbahnverkehr ruht noch völlig, da sich die Maschinen in schlechtem zum Teil unbrauchbarem Zustande befinden. Die Ringbahn wird erst nach einigen Tagen wieder verkehren können. Damit dürfte der wilde Eisenbahnerstreik sein Ende erreicht haben.

Berlin, 2. Juli. Das Reichsarbeitsministerium gibt in einer Erklärung bekannt, daß es abgelehnt habe, in den Berliner Verkehrsstreik einzugreifen. Es steht in diesem einen unbedingten Wortlichen Vertragsbruch, da der am 15. Juni zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer abgeschlossene Tarifvertrag bestimmt, daß die Schlichtung von Streitigkeiten einem aus je drei Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer sowie einem unparteilichen Obmann bestehenden Ausschuß übertragen werden soll. Dieser habe aber am 21. Juni einstimmig entschieden, daß die verlangte einmalige Wirtschaftskomitee von 100 M. gegenwärtig nicht bereitwillig werden könne, daß es aber angelegt sei, die Frage in etwa sechs Wochen neu zu prüfen, wenn sich die Wirkung des Friedensschlusses auf dem Lebensmittelmarkt überlegen lasse. Wie richtig der Schlichter die Sachlage richtig beurteilt hat, zeigt die von der Regierung neuerlich zugesagte Senkung der Lebensmittelpreise.

Die Straßenbahner und Omnibusangestellten

besuchen sich noch im Ausstand. Die Bestimmung, daß der Streik der Straßenbahner die Dauer einer festen Lebensdauer haben werde, scheint sich zu erfüllen. Der Verkehr ruht in vollem Umfange. Von Verhandlungen verlautet nichts.

Der Streik der Bankbeamten.

Die Verfassung des Vorparlamentes des allgemeinen Bankbeamtenvereins, der 1. Juni, hat in den letzten Tagen der Verfassungsbildung hervorgehoben, obwohl die Verfassung lediglich aus politischen Gründen erfolgt ist. Dem Führer der Bankbeamten, Max in Frankfurt a. M., wurde zugesichert, daß, obwohl das Reichsministerium in das schwebende Verfahren nicht eingreifen könne, es sich bei der Staatsanwaltschaft dafür einlegen würde, daß die Untersuchung mit möglichst beschleunigter Geschwindigkeit abgehandelt werde.

Über die „Mittlerrolle“ Emonts berichtet der Berl. Volksanzeiger auf Grund von Mitteilungen, die dem genannten Blatt vom Bund der Beamten der Deutschen Bank zugehen. Danach ist Emonts durchaus nicht berechtigt, sich als „Mittler“ zu bezeichnen; er ist bezahlter Agitator und nur niemals Bankbeamter. Die Bankbeamten haben die Aufgabe, ihre Interessen nicht anbertrennen.

Inzwischen wurde bei Emonts weiteres Material gesammelt, durch das seine Tätigkeit in genau endes Licht gebracht wird. So wird durch einen Brief Es beweisen, daß er im Auftrag seiner Geldgeber darauf hinarbeiten sollte, die Bankbeamten für politische Zwecke zu misshandeln. In dem Briefe heißt es unter anderem: Ich vermittele auch seitens der kommunistischen Partei jegliche Unterstützung gelegentlich meiner Proklamation des Generalstreiks der Bankbeamten. Gerade bei diesem Streik müßte und muß meines Erachtens eine Möglichkeit vorhanden sein, die Arbeiter zu einer Aktion gegen die Regierung zu veranlassen. Die einschwebenden Wirkungen, die durch das stillgelegte Bankwesen herbeigeführt werden, brauche ich wohl nicht im einzelnen zu schildern, um so nötiger wäre es, daß jetzt die Arbeiterklasse Groß-Berlins aufgerufen wird, um nicht wieder die sich im ganzen Reich vollziehende Aktion zu verzetteln. Ich habe heute erkannt, daß alle großen Bankhäuser in den Generalstreik einbezogen werden sollen. Ich bitte dringend darum, daß nun auch endlich in Berlin eine Aktion seitens der Arbeiterklasse in die Wege geleitet wird. In der Elektrizitätsindustrie dürften die Verhältnisse mehr als reif sein.

Minister Defer soll gehen.

Frankfurt a. M., 3. Juli. In einer von mehreren Tausend Eisenbahnarbeitern besuchten Versammlung wurde beschlossen, von Donnerstag früh 6 Uhr an in den Streik zu treten. Er soll sich zunächst nur in einer passiven Resistenz äußern. In der Entscheidung über den Streik wird auf die sofortige Entlassung des Eisenbahnministers Defer gefordert. Die Eisenbahnbeamten des Direktionsbezirks haben beschlossen, sich an dem Streik nicht zu beteiligen, sondern im Gegenteil die Eisenbahndirektion nach besten Kräften zu unterstützen.

Der Breslauer Streik beendet.

Breslau, 2. Juli. Am Ritus Busch hielten gestern die noch ausländischen Betriebe der Breslauer Metallindustrie eine Versammlung ab, in welcher mit großer Mehrheit beschlossen wurde, die Arbeit heute früh wieder aufzunehmen. Damit ist die Grundlage für Verhandlungen über die Lohnforderungen der Arbeiter in der Breslauer Metallindustrie gegeben.

Verhaftungen in Hamburg.

Lambda, 2. Juli. Eine größere Bande von Lebensmitteldieben wurde heute nacht vom Grenzregiment 12 am Alster-Fluss genommen. Die Bande bestand aus 50 Mann und führte eine Heilmannsche Sped. Wahren mit sich. Die Vorräte wurden beschlagnahmt, die Sped. Wahren der Kriminalpolizei übergeben.

Krona, 2. Juli. Die Reichswehr nahm in der letzten Nacht ansehnliche Verhaftungen von Leuten, die sich widersetzten oder nach 10 Uhr auf der Straße blieben, vor. In der Großen und Kleinen Freiheit kam es zu Schießereien.

Neue Unruhen in München?

Laut Berl. Volksanzeiger müßte die Ordnung in München so, daß mit einem neuen Aufstand gerechnet werden muß. Gestern ist ein Aufruf der Kommunisten auf die Schulferien noch verteilt worden. Die Einwohnerversammlung ist ihrer Aufgabe nicht gewachsen.